

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Januar 2022



PRÜFET ALLES UND BEHALTET DAS GUTE

Eine aktuelle Betrachtung auf Paulus' Schreiben an die Thessalonicher.

Seite 5

INFORMATIONEN- FREIHEIT GEFÄHRDET

Gegen Fake News: Wirken verordnete «Wahrheiten» vertrauensbildend?

Seite 15

KANTON BERN

Wichtige Themen aus der Wintersektion des Grossen Rats. Rückblick auf die Gemeindewahlen in Münsingen.

KANTONALTEIL

INHALT

8–9

Monatsinterview



Entwicklungen – Fokus für uns Christen

Thomas Lachenmaier lässt uns an seinen Beurteilungen zu gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen teilhaben und richtet unseren Blick auf das Entscheidende für den Zusammenhalt und die Resilienz von uns Christen.

Referendum «Nein zur Organspende ohne Zustimmung»

Wir empfehlen Ihnen dieses Referendum zur Unterstützung. Am besten gleich unterschreiben – jede Unterschrift zählt!

➔ [Download Unterschriftenbogen: www.edu-schweiz.ch](http://www.edu-schweiz.ch)
(Einsendeschluss: 5. Januar 2022)

Abstimmungsvorlagen für den 13. Februar 2022

1. Volksinitiative vom 18. März 2019 «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»
2. Volksinitiative vom 12. September 2019 «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»
3. Änderung vom 18. Juni 2021 des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben (StG)
4. Bundesgesetz vom 18. Juni 2021 über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien



Die EDU-Delegierten fassen die Parolen bis am 8. Januar 2022 wegen den verschärften Corona-Massnahmen des Bundesrats erneut online. Diese sind danach auf www.edu-schweiz.ch ersichtlich; Die Vorlagen und Parolen werden in der Februar-Ausgabe vorgestellt.

Wort des Monats

- 4 Politik Inland: Ersatzteillager Mensch
- 6–7 Aus dem Bundeshaus
- 10 Analyse Abstimmungsergebnis Covid-19
- 11 Was offizielle Zahlen verraten
- 12 Kurzmeldungen
- 13 Zeitfragen: Der Gott Daniels (1)
- 16 Kolumne: ein gutes neues Jahr
- 18 Serviceseite: Angebote und Termine
- 19 Schlusspunkt: Wohin des Weges?

www.edu-schweiz.ch

«Es kann doch nicht sein, dass meine körperliche Integrität vom Staat nur dann respektiert wird, wenn ich mich zuvor durch einen Registereintrag darum beworben habe. Freiheitsrechte muss man nirgends anmelden. Um wieviel mehr muss das für die Würde des Menschen gelten, auch für die Würde des toten Menschen.»

Dr. iur., Dr. h.c. rer. publ. Gret Haller, Publizistin aus Zürich. Zitiert aus ihrem Artikel «Nein zur Organspendepflicht!», der am 8. Dezember 2021 auf Journal21.ch erschienen ist.

Zuversichtlich bleiben



Zweifellos: die aktuelle Zeit stellt uns vor harte Proben. Wir erleben derzeit in den westlichen Gesellschaften hautnah, wie sich Dynamiken entwickeln, die für die meisten von uns vor zwei Jahren noch undenkbar – oder in weiter Ferne liegend – gewesen wären. Der persönliche Impfstatus entscheidet mitunter über den Fortbestand von Freundschaften und reißt Gräben auf, die ganze Familien treffen und für dauerhafte Spannungen im privaten und beruflichen Umfeld sorgen. Hunderttausende fühlen sich ins gesellschaftliche Abseits gedrängt, weil sie sich aus persönlichen Gründen keinen Covid-Impfstoff in den Oberarm «pieksen» lassen wollen. Selbst die Impfpflicht ist kein Tabu mehr, seit die Österreicher den Anfang machten und auch in der Schweiz die ersten Politiker sie lautstark fordern.

Nun, da die Nächte in unseren Breitengraden wieder rauer und die Tage trister werden, belasten uns von oben verordnete Kontakteinschränkungen umso stärker. Die Folgen viel zu lange erlittener Einsamkeit und Entbehrungen sind förmlich mit den Händen zu greifen, wenn wir ins Land hinaus horchen. Ich gebe zu: Auch ich habe mich in den letzten Wochen des Öfteren dabei ertappt, wie Ablehnung mein Denken zu prägen begann, Wut in mir hochkochte und ich anderen – dem Bundesrat, den Medien – die Schuld für die Misere geben wollte.

Vielleicht haben auch Sie schon ähnliche Situationen der Schwäche erlebt? Zuversicht soll uns in solchen Ohnmachtsmomenten der Glaube schenken. Es ist bestimmt nicht der Wille Gottes, dass wir uns in Zeiten der Prüfung entzweien und nicht mehr miteinander reden. Seine schützende Hand hat die ihm Vertrauenden immer wieder aus düstersten Tälern der Versuchung und der Abkehr geführt. Wir dürfen nicht zulassen, dass Familien, Freundschaften, die EDU, Vereine oder Gemeinden wegen unterschiedlicher Meinungen zu Covid zerrissen werden. «Verdammen» wir nicht den anderen, weil er unsere Meinung nicht teilt, sondern lieben wir ihn, wie uns selbst.

An Weihnachten feiern wir Christen das Fest der Geburt Jesu. Sein Beispiel soll uns Handlungsanleitung sein und Zuversicht vermitteln.

Anian Liebrand, Redaktion «Standpunkt»

PS: Unser Redaktor Thomas Feuz konnte aus gesundheitlichen Gründen diese Ausgabe nicht mitgestalten. Wir wünschen ihm auf diesem Wege gute Besserung und baldige Genesung.



Jahreslosung 2022

**Jesus Christus spricht:
Wer zu mir kommt,
den werde ich nicht
abweisen.**

(Johannes 6,37)

Ersatzteillager Mensch?

Noch bis im Januar 2022 läuft die Sammelfrist für das Referendum gegen die sogenannte «Widerspruchslösung» bei der Organspende. Auch wenn sich der mediale Fokus in diesen Tagen auf andere Themen richtet, sollten wir – erst recht – sicherstellen, dass das Volk über diese wichtige Frage abstimmen darf.



Anian Liebrand, Politischer Mitarbeiter EDU Schweiz

Das nationale Parlament hat in der Herbstsession eine Änderung des Transplantationsgesetzes beschlossen, die einem ethisch und moralisch heiklen Dammbbruch gleichkommt. Neu soll nach ärztlich festgestelltem Hirntod jeder automatisch zum Organspender werden, wenn er oder die Angehörigen dies nicht zu Lebzeiten explizit abgelehnt haben. Hirntote liegen auf einer Intensivstation und werden künstlich beatmet. Ihr Herz schlägt und ihre Haut ist warm. Bei Menschen, die **eindeutig** als hirntot diagnostiziert werden, ist es unmöglich, dass sie je wieder zu Bewusstsein kommen. Dabei ist wichtig zu wissen: Von bereits «kalten Leichen» können keine Organe verpflanzt werden.

Die Einführung der «Widerspruchslösung» entspricht dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten». Diese wollte den Grundsatz der vermuteten Zustimmung in der Verfassung verankern. Der vermeintlich moderatere Gegenvorschlag sieht im Gegensatz zur Initiative den Einbezug der Angehörigen vor, wobei letztere gegen die Organspende nur dann Widerspruch einlegen können, wenn sie glaubhaft machen können, dass die verstorbene Person mutmasslich die

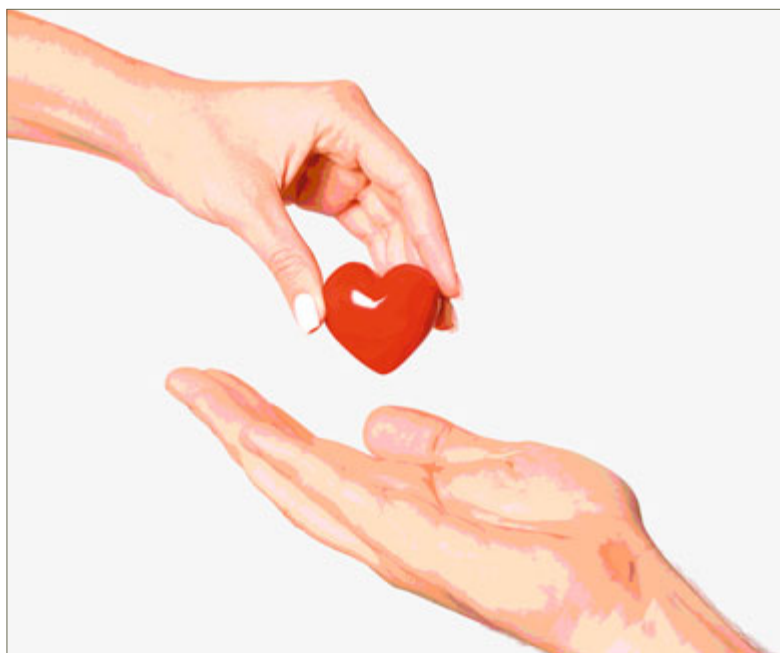
Organspende abgelehnt hätte. Die Angehörigen würden einem unzulässigen Druck ausgesetzt, würde ihnen eine Ablehnung schliesslich sofort als unsolidarisches Verhalten angelastet.

Schweigen bedeutet nicht Zustimmung

«Mein Körper, meine Entscheidung», skandieren Feministinnen jeweils leidenschaftlich, wenn sie das Recht auf Abtreibung einfordern. Wenn es um die eigenen Organe – etwas zutiefst Persönliches – geht, ist diese Parole jedoch nichts mehr wert. Ich bin zwar kein Mediziner, aber so viel weiss ich: Zu jedem medizinischen Eingriff braucht es ein bewusstes und klares Ja («informed consent»). Schweigen bedeutet eben nicht Zustimmung!

Selbstverständlich lässt es einen nicht kalt, dass zurzeit über 1'400 Menschen auf eine Organspende warten. Es ist nachvollziehbar, dass Menschen freiwillig Organe spenden, um anderen in Not zu helfen. Ganz so einfach ist diese Thematik aber nicht. Wenn pauschal jeder zum Organspender wird, der nicht schriftlich widersprochen hat und sich nicht in einem Register hat eintragen lassen, bewegen wir uns auf dünnem Eis. Vor allem viele sozial Schwache, die für Behördeninformationen ohnehin schwer zugänglich sind, würden wahrscheinlich zu Organspendern, ohne dies je geahnt zu haben. Dabei stellen sich nicht zuletzt die zentralen Fragen, wann menschliches Leben wirklich endet und ob der Mensch zum «Ersatzteillager» degradiert werden soll, aus dem man sich einfach bedienen kann. ●

Bitte unterschreiben Sie das Referendum «NEIN zur Organspende ohne explizite Zustimmung!». Unterschriftenbogen herunterladen und bestellen: www.edu-schweiz.ch



Prüfet alles und behaltet das Gute!

Paulus machte in seinem ersten Schreiben an die Thessalonicher diese wichtige Aussage. Aber, was bewegte ihn dazu?



Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

Er hatte den Menschen dort das Evangelium verkündigt, das sie bereitwillig aufnahmen und gründete danach eine Gemeinde. Doch schon nach kurzer Zeit drangen Irrlehrer in die Gemeinde ein, die vorgaben, in der Vollmacht des Heiligen Geistes Weissagungen zu machen, aber in Wirklichkeit aus ihrem eigenen redeten. Das führte dazu, dass die Gemeinde, als sie das merkte, überreagierte und begann, alles abzulehnen. Deshalb musste Paulus seine Gemeinde ermahnen, das Kind nicht gleich mit dem Bade auszuschütten, sondern zu prüfen, ob sich nicht der eigene Geist einmischte oder sogar der des Widersachers.

Wort Gottes als Gebrauchsanweisung

Nun stellt sich die Frage, anhand welcher Grundlage soll man denn prüfen? Ich denke, jeder wiedergeborene Christ hat hier Werkzeuge von Gott mit auf den Weg bekommen. Eines seiner wichtigsten Werkzeuge ist sicher das Wort Gottes, welches für uns eine Gebrauchsanweisung für das Leben darstellt und unsere geistlichen Sinne schult, trainiert und zu verlässli-

chen Instrumenten ausbildet. Auch gehört der lebendig gemachte Geist dazu, welcher zusammen mit dem Wort unser GPS darstellt. Dies erlaubt uns eine sehr gute Orientierung. Sonst laufen wir Gefahr, uns von anderen Quellen, welche uns nachhaltig negativ beeinflussen können, inspirieren zu lassen. Man kann sich sowieso nicht nicht-beeinflussen lassen, aber wir tragen die Verantwortung der Entscheidung, von wem wir uns beeinflussen lassen oder was uns beeinflusst.

Doch was hat dies alles mit der EDU zu tun? Sehr viel sogar. Beinahe nach jeder Ausgabe des Standpunktes werden wir beispielsweise angeschrieben, über dies oder jenes nicht mehr zu schreiben, da es nicht der Wahrheit entspreche oder nur eine Teilwahrheit enthalte. Den einen ist es zu streng, für die anderen ist es zu rücksichtsvoll, dass es ihnen bereits wieder Mühe bereitet. Andere verhalten sich auch wie Leute in Thessalonich und drohen mit der Abbestellung des Standpunktes oder sogar mit dem Austritt aus der Partei, also mit Überreaktion.

Dabei ist unser Parteiorgan nicht Gottes Wort und auch nicht in Stein gemeisselt, sondern ein christlich-politisches Informationsblatt, bei dem man ebenfalls alles prüfen sollte und das Gute behalten kann. Nicht mehr und nicht weniger. Es ist eine Frage der menschlichen Reife, ob wir etwas nicht mittragen wollen oder können und trotzdem hinter einer Arbeit stehen.

Wenn uns unsere Gnade nur bis zur ersten Nichtübereinstimmung trägt, dann fehlt es uns an Langmut und Treue.

Deshalb möchte ich allen von ganzem Herzen danken, welche uns trotz unserer Unzulänglichkeiten schon viele Jahre treu unterstützen. Ein gesegnetes Neues Jahr! ●

Alles Gute!



Bericht aus Bern

EDU-Nationalrat Andy Gafner blickt auf eine ereignisreiche Parlamentssession zurück, in der wegweisende Entscheide gefällt wurden.



Nationalrat Andreas Gafner

Die Wintersession startet traditionsgemäss mit der Wahl des neuen Nationalratspräsidenten. Heuer wurde Irene Kälin (Grüne AG) zur Präsidentin gewählt, die somit im kommenden Jahr als «höchste Schweizerin» waltet. Sie löst Andreas Aebi (SVP BE) ab, dem ich hier ein paar Zeilen widmen will.

Res Aebi: ein verbindender Präsident

Res Aebi, wie man ihn im Bundeshaus nennt, hat in seinem Präsidialjahr verbindend gewirkt. Mit seiner gewinnenden Art hat er den Austausch zwischen Land und Stadt spürbar gefördert. Er organisierte den Austausch von Schulkindern vom Land in die Stadt und von der Stadt aufs Land – ein wichtiger Faktor, um gegenseitig Vertrauen und Verständnis zu schaffen. Res Aebi hat Diplomaten die ländlichen Regionen der Schweiz gezeigt, auf dass diese nur so staunten, «das hätten sie noch gar nie gesehen»! Auf seinen Auslandsreisen hat er in diversen Krisengebieten mit Direktbetroffenen aber auch mit Mitverantwortlichen gesprochen. So konnte Aebi auch als Staatsmann vollumfänglich überzeugen. Als Berufskollege hatte ich im vergangenen Jahr doch einige Privilegien. Res ermöglichte mir interessante Begegnungen und oft haben wir im «Bärgburä Kafī» zusammen mit Erich von Siebenthal einen guten Austausch gepflegt. Herzlichen Dank, lieber Res, für deine tolle Arbeit für unser schönes Land!

Voranschlag 2022: Laufend neue Ausgaben ...

Das Budget 2022 war und ist «ein rechter Brocken». Auf der einen Seite in der Debatte und auf der anderen Seite, was die Höhe der Summen betrifft. Mit Ausgaben in der Grössenordnung von 80 Milliarden Franken ist diese Summe zirka drei Mal so hoch wie noch 1990. Erstaunlich eigentlich, dass auch die Einnahmen im fast gleichen Verhältnis angestiegen sind. Die vorberatende Finanz-Kommission hat sich im Vorfeld intensiv mit den Details befasst und unsere Delegation hat einige Anträge eingegeben, um das Defizit ein wenig zu reduzieren. Die parlamentarische Realität ist heute aber leider so, dass wenn der Bundesrat die Ausgaben berechnet, die Beträge von der Kommissionsmehrheit noch aufgestockt werden. So bleibt der kostenbewussten Minderheit oftmals nur noch die Option, wenigstens auf der Bundesrats-Version zu bleiben. Gespart hat man so aber noch gar nichts ...

... und wenig Ausgabendisziplin

Es ist befremdend: Das aktuelle Parlament erhöht die Beträge nach Belieben – als wäre alles finanzierbar. So wurden im aktuellen Voranschlag zusätzliche Ausgaben in der Grössenordnung von gegen 300 Millionen Franken beschlossen. Der Voranschlag als Gesamtes rechnet mit einem Defizit von rund zwei Milliarden Franken. Um die Schuldenbremse einzuhalten, hat

das Parlament auf ein «Buebätrickli» zurückgegriffen: Mit einem Kunstgriff stuft es die Corona-Hilfen von 215 Millionen an den Öffentlichen Verkehr und die 57,5 Millionen Franken für die Beschaffung von Medikamenten und Impflösungen als ausserordentliche Ausgaben ein. Ich stelle fest, dass es kein Ziel unseres Parlaments ist, einen ausgeglichenen Voranschlag zu verabschieden. Vielmehr scheint zu gelten: «Alles ist möglich, wir können es uns leisten.»

Ich stelle ebenfalls fest, dass Kürzungsanträge ausschliesslich aus unserer Fraktion gestellt wurden. Glücklicherweise haben wir einen hervorragenden Finanzminister, der mit grosser Fachkompetenz und bestechenden Dossierkenntnissen überzeugt und einen sehr guten Job macht. Herzlichen Dank an Ueli Maurer!

NASAK 5

In dieser Vorlage geht es um die finanzielle Unterstützung sportlicher Anlagen von nationaler Bedeutung. Für die Periode 2022 bis 2027 hat der Bundesrat 67 Millionen vorgesehen, die der Ständerat nun auf rund 80 Millionen aufstockte. Hier werden Infrastruktur-Projekte im Sport finanziert. Sicher ist dies sehr begrüssenswert und als sportbegeisterter Mensch finde ich natürlich, dass sich durchdachte Investitionen in den Sport auch positiv auf die allgemeine Volksgesundheit auswirken werden. Mit meiner Min-

derheit wollte ich erreichen, dass spruchreife Projekte finanziert werden können, jedoch nicht noch zusätzliche Reserven von gut 7 Millionen eingestellt würden. Aber: Die Ausgabendisziplin unseres Parlaments kennen wir ja, auch hier stimmte die Mehrheit den Mehrausgaben zu ...

Regierungsreform

Der Nationalrat hat dem Antrag von Nadine Masshardt (SP BE) zugestimmt, den Bundesrat anzahlmässig von 7 auf 9 Mitglieder aufzustocken. Unsere Fraktion hat gegen diesen Reformvorschlag gestimmt, würde die Regierung damit nämlich nicht effizienter, sondern nur teurer. Der Vorschlag geht nun in den Ständerat, wo dieses Anliegen wahrscheinlich keine grossen Chancen auf eine Mehrheit haben wird.

Wahl Bundespräsident

Die Bundesversammlung tagt zu einer kurzen Sitzung, um den Bundespräsidenten für das kommende 2022 zu wählen. Ignazio Cassis (FDP TI) wurde mit einem mässigen Resultat als Präsident des Bundesrates gewählt. Als sein Stellvertreter wird Bundesrat Alain Berset (SP FR) amten. Der abtretende Bundespräsident Guy Parmelin hat nach eigenen Angaben trotz den herausfordernden Bedingungen das Präsidentschaftsjahr als positiv erlebt. ●

Aktuelle parlamentarische Vorstösse von EDU-Nationalrat Andreas Gafner

Fragestunde zur Strommangellage:

Bei einer Strommangellage kann es sein, dass der Strom für Teilnetze abwechselnd abgestellt wird. Das heisst, diese Teilnetze sind dann etwa 4h ohne Stromversorgung. Bei einem Blackout kann der Versorgungsunterbruch länger dauern.

- Welcher Einfluss hat ein 4-stündiger Stromausfall auf die Tierhaltung in der Landwirtschaft, bei extremen Aussentemperaturen (heiss/kalt)?
- Muss da auf Grund ausgefallener (Lüftungs-)Systemen mit Tierverlusten gerechnet werden?
- Gibt es Bereiche in der Lebensmittelproduktion, die für längere Ausfalls Zeiten zwingend mit Notstrom versorgt werden müssten, damit grosse Lebensmittelverluste und Tierleid verhindert werden können und dies heute noch nicht der Fall ist?
- Wenn ja, welche?

Drei Millionen Franken für Gaza

Laut seiner Medienmitteilung stellt der Bundesrat drei Millionen Franken für Nothilfe in Gaza zur Verfügung. Auch wenn das Geld indirekt über das IKRK, dem Humanitären Fonds der UNO und der UNRWA gespendet wird, ist eine sinngemässe Verwendung dadurch nicht automatisch gewährleistet. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass das Geld effektiv für Nothilfe verwendet und nicht durch die Hamas für kriegerische Zwecke (z.B. Zement für Terrortunnel, Waffenschmuggel) missbraucht wird?



Entwicklungen – Fokus für uns Christen

Thomas Lachenmaier lässt uns an seinen Beurteilungen zu gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen teilhaben und richtet unseren Blick auf das Entscheidende für den Zusammenhalt und die Resilienz von uns Christen.

Lisa Leisi

Sind die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Schweiz gefährdet? Warum ja oder nein?

Die Bedrohung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit betrifft die gesamte westliche Welt. Es ist eine globale Entwicklung. Insofern ist auch die Schweiz betroffen und muss sich dieser Herausforderung stellen. Aber die Voraussetzungen dafür sind in der Schweiz besser als in den meisten anderen Ländern.

China überwacht und zensiert rigoros. Inwiefern gibt es bei uns Entwicklungen in diese Richtung?

Ich denke, dass Zensur und Überwachung in der Schweiz weniger ein staatliches Problem sind. Digtalkonzerne treiben diese Entwicklung voran, manchen Politikern kommt das gerade gelegen. Aber der Staat sollte alles daransetzen, seine Souveränität gegen die Macht dieser Feudalherren zu verteidigen und sich überlegen, welche praktischen Schritte er hier tun kann.

Für Deutschland sehe ich diese Gefahr sehr stark. Eine Studie des Wirtschaftsministeriums bringt die menschliche Verhaltenssteuerung durch die Einführung des chinesischen Sozialkreditsystems ganz offen ins Gespräch. Eine Veränderung der parlamentarischen Demokratie durch Algorithmen unter dem Stichwort «Digital Liquid Democracy» scheint manchen geeignet, Problemen wie dem «Klimawandel» effektiv zu begegnen.

Was machen Restriktionen mit einem Land und den Menschen?

Sie verursachen Angst, Vereinzelung und Misstrauen. Diese Politik treibt die Menschen auseinander – Familien, Vereine, Gemeinden. Schon daran kann man erkennen, dass die Lockdown-Politik und die staatliche Gesundheitspolitik grundverkehrt sind. Diese Politik schwächt die Eigenverantwortung und wirkt einer guten Kommunikation der Menschen miteinander entgegen. An ihren Früchten kann man erkennen, dass diese Politik falsch ist.

Was führt dazu, dass Bürger zunehmend als Gefahr für die Gesellschaft betrachtet werden?

Das falsche Denken, der Staat und die Politiker seien für die Lösung der Weltprobleme zuständig und dazu in der Lage. Dankbarkeit und Demut stehen auch Politikern gut zu Gesicht. Das bewahrt vor der Hybris, die Welt retten zu müssen und öffnet den Weg zu pragmatischen Schritten, die Probleme zu lösen, die man lösen kann. Aber auch das falsche Menschenbild mancher Politiker, die im Menschen nicht mehr den Nächsten sehen können, der im Ebenbild Gottes geschaffen wurde, verleitet dazu, den Bürger als Gefahr zu sehen, dem man mit Kontrolle und Bevormundung begegnen muss.

«MAN MUSS DIE POLITIKER DAVOR BEWAHREN, DIE GRENZEN DER VERFASSUNG ZU ÜBERSCHREITEN.»

Was soll der Staat regeln und wann greift er zu umfassend ein?

Wenn der Staat es schafft, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen, das Recht zu wahren und die Voraussetzungen eines eigenverantwortlichen, freien Lebens zu gewährleisten, dann hat er seine Hausaufgaben gemacht. Er überhebt sich, wenn er sich als Gesundheits-Gewährleister, als Erzieher und moralische Instanz sieht. Moral ist Sache des Individuums und die Gesundheitsvorsorge ist es auch.

Braucht es aus demokratischer Sicht Widerstand gegen die aktuelle Staatsführung und wie müsste diese aussehen?

Der Souverän ist jetzt zur Wachsamkeit berufen. Es ist gut, wenn die juristischen, medialen und politischen Mittel genutzt werden, die in der freien Schweiz zur Verfügung stehen. Man muss die Politiker davor bewahren, die Grenzen der Verfassung zu überschreiten.

Worauf sollten sich christliche Gemeinschaften fokussieren, um aktuellen Entwicklungen adäquat zu begegnen?

Auf die Bibel. Nichts fördert die Einheit unter Christen mehr als die Ausrichtung am Wort Gottes. Wenn die Gläubigen diese schwierige Zeit als Herausforderung begreifen, auf Jesus zu schauen und nach seinem Willen zu fragen, dann können sie nicht so leicht auseinanderdividiert werden. Christen müssen jetzt zu denen



stehen, die ausgegrenzt werden – und das sind jeden Tag mehr die Menschen, die ihr verbrieftes Recht in Anspruch nehmen und sich aus persönlichen Gründen gegen eine Impfung entscheiden.

Wie können Christen Gegensteuer geben und besonders ihre Kinder für eine treue Nachfolge und Standhaftigkeit ausrüsten?

Ganz wichtig ist die Dankbarkeit. Die Entwicklung der Schweiz ist eine Segensgeschichte ohne Beispiel. Man denke etwa an die Zeit des Nationalsozialismus, in der die Schweiz wundersam bewahrt blieb. Dankbarkeit macht einem den Wert von Dingen bewusst, die man heute oft für selbstverständlich nimmt: Freiheit und rechtsstaatliche Verhältnisse, ein gutes Familienleben, Gesundheit. Danken stärkt gegen Versuchungen aller Art und bestärkt eigenverantwortliches Handeln. Das Gespräch mit den Kindern über den in der Geschichte, aber auch in der eigenen Familie erlebten Segen Gottes hilft den Kindern und stärkt die Familie.

Was bewahrt Sie vor Resignation trotz der sich ausbreitenden Gottlosigkeit?

Ja, die Entwicklung hat etwas Bitteres und Bedrückendes. Aber ich weiss, dass der Schöpfer des Himmels und der Erde über allem steht. Er ist der Herr der Geschichte und er ist gerecht. Das ist ein grosser Trost. Jene, die heute triumphieren und glauben, die Menschen manipulieren und beherrschen zu können, haben längst verloren. Gott hat es ihnen nur noch nicht gesagt. ●

Zur Person

Thomas Lachenmaier (64), Ausbildung/Tätigkeit: Studium der Politikwissenschaft und Soziologie in Freiburg im Breisgau und anschliessend die Ausbildung zum Redaktor. Redaktionsleiter factum. Hobbies: Wandern in den Schweizer Bergen. Thomas Lachenmaier setzt sich in seinen Beiträgen im «factum» (einem Magazin zu den Themen Mensch, Natur, Glaube) oft mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinander. Er schreibt auch über Ermutigendes für Christen im Licht von Gottes Wort. Bei allem hat er die Gabe, prägnante Einordnungen vorzunehmen. Im Februar wird er in den Ruhestand gehen, aber weiterhin für «factum» tätig sein.

Analyse Abstimmungsergebnis Covid-19-Gesetz

Schweizer Bürgerinnen und Bürger durften erfreulicherweise als einzige in der Welt über Teile der Corona-Massnahmen ihrer Regierung und ihres Parlaments abstimmen – und dies gleich zwei Mal. Das ursprüngliche Covid-19-Gesetz wurde verschärft und so wurde ein zweites Referendum gegen genau diese Verschärfung möglich.



Samuel Kullmann, Grossrat EDU BE

Das Stimmvolk hat die ideale Möglichkeit, sich differenziert zum Gesetz zu äussern, leider nicht genutzt, denn die Verschärfung des Gesetzes wurde am 28. November sogar mit 1,8 % mehr Ja-Stimmen angenommen als die Vorlage der Juni-Abstimmung. Während im Juni noch 8 Kantone das Covid-19-Gesetz ablehnten, waren es im November nur noch Appenzell Innerhoden und Schwyz.

Mehr Nein-Stimmen

Zu beachten ist jedoch, dass dank der viert-höchsten Stimmbeteiligung ganze 1 361 284 Millionen Menschen in unserem Land Nein stimmten (über 80 000 mehr als im Juni). Nur EDU und SVP, die zusammen auf einen Wähleranteil von 26,6 % kommen, hatten die Nein-Parole beschlossen, trotzdem stimmten immerhin 38 % dagegen.

Ein Grund für den höheren Ja-Anteil dürfte sicher sein, dass die Covid-Lage im Juni sehr entspannt war (die Anzahl Hospitalisierter mit

Covid war seit sieben Monaten am Sinken). Im November war die Zahl Hospitalisierter wieder am Steigen, wenn auch auf einem vier Mal tieferen Niveau also noch ein Jahr zuvor. Dies pas-sierte jedoch ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als viele IPS-Plätze wegen gravierendem Personal-mangel nicht betrieben werden konnten. Für die grossen Missstände, die sich seit Jahren im Gesundheitswesen aufgetürmt haben, sind nach einem halben Jahr medialer Hetzjagd die Sün-denböcke leicht gefunden: es sind die Covid-Un-geimpften.

Dambruch für neue Forderungen

Am Ende bleibt die Tatsache, dass das klare Ja einen Dambruch darstellt, der zu extremen Forderungen für Massnahmen gegen die zu Sün-denböcken erklärten Menschen führt. Direkt nach dem Abstimmungssonntag wurde die Idee der Impfpflicht salonfähig, auch weil unsere Nachbarländer Österreich und Deutschland mit grossen Schritten darauf zugehen. Österreich hat als erstes europäisches Land eine Covid-Impfpflicht eingeführt. Wer die Impf-Aufgebote nicht wahrnimmt, dem drohen gemäss aktuel-lem Gesetzesentwurf bis zu 3600.– Euro Busse pro Jahr oder Gefängnis.

Sowohl eine Covid-Erkrankung wie auch die Covid-Impfung bergen Risiken, die für jeden Menschen sehr unterschiedlich sind und von unzähligen Faktoren abhängen. Wo es Risiken gibt, braucht es Wahlfreiheit. Die Hürde für eine Impfpflicht dürfte in der Schweiz noch höher liegen als in unseren Nachbarländern, doch der Druck dürfte auch hier weiterhin zunehmen – ob staatlich verordnet oder nicht. ●





Wichtiges aus dem Grossen Rat

Vom 29. November bis zum 9. Dezember traf sich der Grosse Rat zur letzten Session in diesem Jahr. Katharina Baumann, Samuel Kullmann, Johann Ulrich Grädel und Jakob Schwarz geben Einblick in wichtige Geschäfte, die behandelt worden sind.



Ein bisschen Weihnachten in Sachen Asylgesetz

Katharina Baumann

Das kantonale Asylgesetz unterliegt dem Bundesrecht. Auf übergeordneter Bundesebene werden Asylgesuche beurteilt, auf Kantonsebene wird die Umsetzung rechtsgültiger Wegweisungsentscheide geregelt. Bei negativem Asylentscheid verfällt die Arbeitsbewilligung und das Anrecht auf Sozialhilfe, die betroffene Person ist zur Ausreise verpflichtet und kann Nothilfe beantragen. Bis zu ihrer Ausreise leben diese Personen mehrheitlich in Kollektivunterkünften.

Das im Juli 2020 eingeführte revidierte Asylgesetz bringt eine wesentliche Beschleunigung des Asylverfahrens. Innerhalb eines halben Jahres soll feststehen, ob ein Asylstatus ausgesprochen oder abgelehnt wird. Dieser Prozess dauerte nach altem Recht oft mehrere Jahre. Einen negativen Entscheid nach einer gewissen Integration mit einer beruflichen Tätigkeit, während einer Berufslehre oder während der Schulzeit zu erhalten, ist nur schwer zu verkräften. Die Betrof-

fenen werden aus ihrem Umfeld gerissen, können oft nicht spontan in ihr Heimatland zurückreisen und finden sich in hoffnungsloser Umgebung eines Ausreisezentrums wieder.

Mit einer Ende August 2020 überwiesenen Motion wird im Gesetz die Handhabung der Privatunterbringung neu geregelt. Es wird festgehalten, dass kein genereller Anspruch auf Privatunterbringung besteht. Wird diese jedoch bewilligt, dürfen auch die 8 Franken Nothilfe pro Tag und Person bezogen werden. Die Aufwertung der privaten temporären Unterkunft soll weder Kritik noch Konkurrenz gegenüber den öffentlichen Kollektivunterkünften sein. Dennoch gibt es Fälle, insbesondere wenn Kinder involviert sind, die von einer privaten Unterbringung wesentlich profitieren dürfen. Aktuell leben im Kanton Bern rund 150 Personen, oftmals Familien, unter privater Obhut – bisher ohne finanzielle Unterstützung vom Kanton.



Gemeinsam haben Vertreterinnen und Vertreter der glp, der Mitte, der EVP sowie der EDU eine Formulierung ausgearbeitet, welche die passende Wohnsituation für eine Privatunterbringung definiert und deren ungewollte Erweiterung im Blick auf die Ausreise verhindert. Der Berner Sicherheitsdirektor, Phi-

lippe Müller, erkannte im Vorschlag einen gangbaren Weg und der Grosse Rat stimmte nach intensiver Diskussion mit 88 zu 60 Stimmen ebenfalls zu. Mit dieser Gesetzesanpassung haben wir ein klares und trotzdem menschliches Asylrecht erhalten. Ein bisschen Weihnachten. Und das ist schön. •

Emotionale Covid-Debatten – und ein Erfolg für die EDU-Fraktion

Samuel Kullmann

Der Regierungsrat legte dem Parlament einen Zusatzkredit für die Pandemiestrategie 2022 im Umfang von 50 Millionen Franken für das Contact Tracing und die Impfkampagne vor. Aus Sicht der EDU-Fraktion ist das Contact Tracing mit hohen Fallzahlen überfordert und findet in der Bevölkerung nicht mehr genügend Unterstützung, um weitere Corona-Wellen aufhalten zu können. Mit der vollständigen Digitalisierung des Contact Tracings könnten zudem die Kosten massiv gesenkt werden. Ein Kürzungsantrag wurde deutlich abgelehnt, weshalb sich die EDU-Fraktion für die Ablehnung des Kredits aussprach. Ebenfalls lehnten wir die Wiedereinführung von repetitiven Reihentestungen an Schulen ab. Gesundheitsdirektor Pierre-Alain Schnegg überzeugte eine Mehrheit im Rat, dass Ausbruchstests genügen würden.

In einem Vorstoss forderten Anne Speiser (SVP) und ich, dass sich die Regierung auch für alternative Covid-Prophylaxe einsetzen solle. Die Forderung fand mit 72 zu 70 Stimmen eine knappe Mehrheit, wurde jedoch als erfüllt abgeschrieben. Dies obwohl weder das BAG, der Bundesrat noch die Kantonsregierung bis heute etwas in dieser

Angelegenheit unternommen haben. Chancenlos war leider auch mein Vorstoss für «100 Prozent Freiwilligkeit und Eigenverantwortung bei der Covid-Impfung». Ein Bekenntnis zu diesem wichtigen Grundsatz fanden nebst der EDU-Fraktion nur die Hälfte der SVP-Fraktion, ein einzelner EVP-Grossrat, eine SP-Grossrätin und der Parteilose Michel Seiler (vormals Mitglied Grüne).

Nach diesen intensiven und schwierigen Debatten hat es mich gefreut, dass zum Schluss ein Vorstoss der EDU-Fraktion diskussionslos und mit 136 zu 3 Stimmen deutlich angenommen wurde. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Umsetzung des Präventionsprojekt «Kein Täter werden» zu prüfen. Ziel des Präventionsprojektes ist es, Menschen mit pädophiler Neigung davon abzuhalten, straffällig zu werden. •



Covid-Debatte im Grossen Rat:
Beitrag von TeleBärn, vom
7. Dezember 2021.

Anleitung: QR-Code oben mit Handy-
Kamera erfassen und den eingeblendeten
Link «telebaern.tv» wählen.

Die Ausgaben den Einnahmen anpassen

Johann Ulrich Grädel

Als EDU-Fraktion waren wir erstaunt, dass die Berner Finanzverantwortlichen dem Rat nicht einen ausgeglichenen Voranschlag 2022 vorgelegt haben. Bei rund 12 Milliarden Franken Umsatz wäre eine Einsparung von rund 80 Millionen mit etwas gutem Willen möglich gewesen. Nur dank der SNB Gewinnausschüttung von 480 Millionen stehen wir im Kanton Bern noch relativ gut da.

Die Forderung von linker Seite nach einer Steuerrhöhung wurde abgelehnt. Im Blick auf die finanzielle Zukunft unseres Kantons wünschen wir der Regierung mehr Mut, die Ausgaben wo möglich zu senken und den Einnahmen anzupassen – nicht umgekehrt. Investitionsprojekte sollen nicht nur priorisiert, sondern auch auf das Notwendigste und Wichtigste reduziert werden. Damit nicht unsere Kinder und Grosskinder unsere Schulden abtragen müssen. •



Ortsbild- und Landschaftskommission steht unter Druck



Jakob Schwarz

Seit Jahren ist die Arbeitsweise und Organisation der kantonalen Ortsbild- und Landschaftsschutzkommission (OLK) ein Thema im Grossen Rat. Bereits 2013 hat Ernst Tanner die Sache in einem Vorstoss aufgegriffen. Die bisherigen Anpassungen haben wenig bewirkt. Nach wie vor werden Bauverfahren durch dieses Gremium verzögert. Es beschränkt sich vor allem darauf, nein zu sagen, ohne jedoch Lösungen aufzuzeigen. Als Mitmotionäre haben Ernst Tanner und ich einen Vorstoss eingereicht, der die Schaffung von regionalen Fachstellen für Fragen des Orts- und Landschaftsschutzes fordert, damit dem Bauherrn eine frei wählbare Alternative neben der OLK zur Verfügung steht. Zudem wurde die Aufhebung der personellen Nähe von OLK zum Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) gefordert. Die Motion wurde vom Grossen Rat teilweise als Prüfauftrag und teilweise als verbindliche Motion angenommen. •



Berner Sonderweg für die Ausbildung von Lehrpersonen



Katharina Baumann

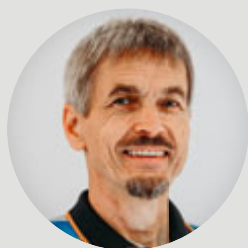
Die Revision der drei Hochschulgesetze (Universität, Fachhochschule und Pädagogische Hochschule) war unbestritten. Zu diskutieren gab das Anliegen, Studierenden mit abgeschlossener Berufslehre und Berufsmaturität den Eintritt in die Pädagogische Hochschule (PH) prüfungsfrei zu ermöglichen. Diese Idee wurde in den vergangenen Jahren mehrfach im Grossen Rat behandelt und auch als Lösung gegen den akuten Mangel an Lehrerinnen und Lehrern diskutiert. Im Raum stehen folgende Fragen: «Wie stark gewichten fehlende pädagogische Vorkenntnisse? Soll die Qualität beim Austritt aus der PH nicht höher gewertet werden als die Qualität beim Eintritt?». Viele

Hochschulen arbeiten gerne mit Studierenden, die das Studium als Zweitausbildung absolvieren und Erfahrungen aus dem beruflichen Leben mit sich bringen. Die Zulassung wäre aber ein Berner Sonderweg, der zu einem kantonalen Diplom führen würde. Für viele ein falsches Signal. Ob das aber zwingend einen Rückschritt bedeutet, gab zu reden. Viele Lehrpersonen leben und unterrichten über Jahre stabil in ihrem regionalen Umfeld. Ein kantonales Diplom würde für sie kein Hindernis bedeuten. Für die Mehrheit des Grossen Rates ist dies ein Mehrwert, die Anpassung wurde mit Unterstützung der EDU-Fraktion in das PH-Gesetz integriert. •



Rückblick Gemeindewahlen Münsingen

**Am 28. November fanden in Münsingen Gemeindewahlen statt.
Ein Rückblick mit Markus Kern.**



Markus Kern, Thomas Kuhn (Fragen)

Markus, die EDU ist in Münsingen mit 3 Frauen und 5 Männern zu den Gemeindewahlen angetreten mit dem Ziel, den bisherigen Sitz im Gemeindeparlament zu halten. Wie sind die Wahlen für euch verlaufen?

Für mich überraschend hat sich unsere Mühe gelohnt und wir konnten unseren Sitz behalten. Und das trotz halbvoller Liste. Tobias Baumann wird nun die EDU vertreten.

Hat sich eure Listenverbindung mit der EVP und der glp positiv auf das Wahlergebnis ausgewirkt?

Wir hätten den Sitz auch im Alleingang gemacht. Da man dies im Vorfeld nicht weiss, kann eine Listenverbindung als Absicherung dienen. Es wäre sehr schade, wenn der Wähleranteil nur für einen Sitzanspruch von 0,9 reichen würde und keine Restmandate aus der Listenverbindung zu Verfügung stünden.

Welche Zahlen und Umstände sind zusätzlich wichtig zu erwähnen?

Die Wählerschaft der EDU war mit minus 7 Parteistimmen oder 0,2 Wählenden im Vergleich zu 2017 stabil.

Tobias Baumann



Trotz hoher Stimmbeteiligung fielen uns nicht mehr Stimmen zu, und es hat trotzdem gereicht!

Was konntet ihr aus diesen Wahlen lernen?

Lange mussten wir Kandidaten und Kandidatinnen suchen, und mit den wenigen kamen wir zum Erfolg. Mein Erlebnis: Die Entscheidung, bei einem Lokalradio ein Interview zu geben, fiel mir nicht leicht. Ich fragte mich: «Kannst du das? Hast du fachlich genug Weitblick?» Nach mehrstündiger Vorbereitung und erfolgter Vorsprache war die Genugtuung des Überwindens grösser als die vorgängigen Zweifel.

Wie geht es weiter für die EDU Münsingen?

Wir suchen weiter nach jungen Menschen, die sich zum Wohl unserer Gemeinde in verschiedene Ämter wählen lassen.

Eine Rückmeldung an jene Leute, die sich mit dir zusammen engagiert haben...

Danke den Kandidatinnen und Kandidaten. Danke für die Ermutigungen, die ich bekommen habe. Herzlichen Dank allen, die sich in irgendeiner Form eingebracht haben. Jeder Einsatz hat sich gelohnt! •

Beten bewegt

Sonja Steinmann

«Die Finsternis vergeht und das wahre Licht scheint schon.» (1. Johannes 2,8)

Frieden von Gott: Nationalrat Andreas Gafner, Grossrätin Katharina Baumann und Grossräte Jakob Schwarz, Johann Ulrich Grädel, Ernst Tanner und Samuel Kullmann – Christus hat euch erlöst und freigestellt. Sein Friede und seine Freude sei mit euch.

Jesus Christus: An Weihnachten feiern wir seine Geburt. Vor über 2000 Jahren hat das wahre Licht zu leuchten begonnen. Das Evangelium hat sich auf der ganzen Welt verbreitet.

Privileg: Dass unsere Bundesverfassung mit der Zusage «Im Namen Gottes des Allmächtigen!» beginnt und viele treue Beterinnen und Beter für das Wohl unseres Landes einstehen.

Finsternis vergeht: Krankheit, Leiden, Traurigkeit, Angst und Bedrängnis dürfen wir zu Gott bringen, zu ihm schreien in der Not und bei ihm klagen. Darüber hinaus sollen wir in seinen Frieden finden, bei ihm Ruhe und Geborgenheit erfahren. Weil das wahre Licht mit Christus da ist und dableiben wird.

Kleinkinder begleiten: Wer das erleben darf, ist zum einen gefordert, zum anderen beschenkt. Man muss in kleinen Schritten gehen und denken. Man schenkt dem Kind Aufmerksamkeit und sieht staunende Augen, flinke Beine und unermüdete Hände. Die Welt erkunden und Vertrauen erwerben. Welch ein Wunder der Schöpfung.



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU KANTON BERN
Erlenauweg 17
3110 Münsingen

Telefon 031 991 40 40
info@be.edu-schweiz.ch
edu-be.ch

REDAKTION
Thomas Kuhn

GESTALTUNG
mj-design.ch

DRUCK UND SPEDITION
Jordi AG, Belp

FOTOS
Seite 1: AdobeStock,
Seite 3: AdobeStock

Was offizielle Zahlen verraten (Teil 1)

Das BAG, Swissmedic und andere in- und ausländische Behörden veröffentlichen regelmässig Zahlen zur Epidemie. Mit etwas Hintergrundwissen lassen sich aus ihnen viele Informationen gewinnen.

Karin Hirschi

Begrenzte Ausbreitung von SARS-CoV-2

Schwedens 1. Welle war weitgehend unbeeinflusst und zeigt, wie sich SARS-CoV-2 natürlicherweise ausbreitet: steiler Anstieg durch viele Neuansteckungen in kurzer Zeit, Abflachung schon nach ca. 4 Wochen und langsamer Rückgang, ohne dass die Null-Linie je erreicht wird. So breiten sich Krankheitskeime aus, die eine **natürliche Herdenimmunität** hervorrufen.

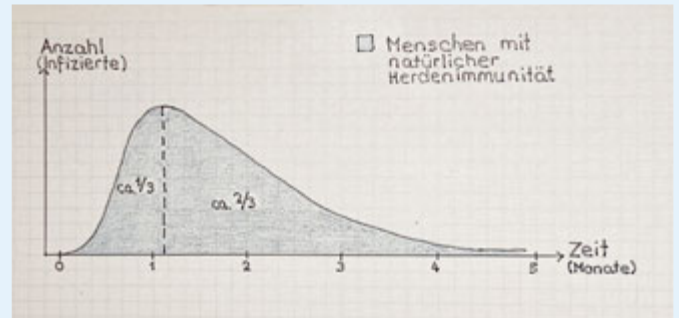
Wenn diese nachlässt, kann es zu einer neuen Welle kommen. Die Herdenimmunität scheint bei SARS-CoV-2 ca. 4½ Monaten zu dauern. Im Sommer kann sich das Coronavirus nicht epidemieartig ausbreiten, weil es dazu wie viele andere «Erkältungskeime» auf **Aerosole** angewiesen ist (geschlossene Räume, Heizsaison).

Umstrittene Herdenimmunität

Die natürliche Herdenimmunität wird immer wieder in Frage gestellt – für mich unverständlich angesichts der eindeutigen Epidemiekurven. Entstünde keine Herdenimmunität, müssten die Corona-Zahlen ins Unendliche steigen, was sie aber glücklicherweise nirgends auf der Welt getan haben.

Die zuverlässige Entstehung einer natürlichen Herdenimmunität ist eine gute Nachricht. Es reicht nämlich schon, dass **ca. 1/3 der Bevölkerung immun** geworden ist, damit die **Zahlen rückläufig werden** (der «Umkehrpunkt» der Epidemiekurve ist früh im Verlauf). So hätten ab Mitte Juni 2021 in der Schweiz **keine Zahlen** mehr ansteigen dürfen, denn dort waren wir zu 30% durchgeimpft. Dass sie trotzdem stiegen (auch bei wesentlich höherer Durchimpfung), lässt Zweifel an der epidemiologischen Wirksamkeit der COVID-Impfungen aufkommen.

Man fragt sich auch, warum gefordert wird, es müssten 80 bis 90% der Bevölkerung geimpft sein, um «aus der Pandemie herauszukommen», wenn es ab gut 30% immun Gewordener keine wesentliche Ausbreitung mehr geben kann.



Epidemiekurve SARS-COV-2, ohne bestehende Herdenimmunität, ohne Massnahmen (Schweden, 1. Welle Frühjahr 2020)

Mutationen ohne Einfluss

Keine der Mutationen änderte bisher den Verlauf der Epidemie. Während sich die «britische Mutante» und die «Delta-Variante» in der Schweiz durchgesetzt haben, sanken die Zahlen sogar (sie hätten ja steigen müssen, wären die Mutanten ansteckender oder gefährlicher gewesen). Auch im Ländervergleich zeichnet sich **kein Zusammenhang** ab zwischen dem Auftreten der Mutationen und dem Verlauf der Kurven: mal geht es parallel, mal gegenläufig. Es ist kein Muster erkennbar – und damit besteht wissenschaftlich kein Zusammenhang. Die Mutanten dürfen darum nicht zum (Weg-)Erklären «schwieriger» Zahlen herangezogen werden.

In Teil 2 werde ich darauf eingehen, welchen Einfluss die Massnahmen inkl. Impfung auf den bisherigen Epidemieverlauf hatten. Es lohnt sich, immer wieder einen Blick auf die Epidemiekurven verschiedener Länder zu werfen, denn im Corona-Geschehen sind letztlich nicht Meinungen, sondern Tatsachen entscheidend. ●

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU BE: In der Wintersession des Grossen Rats waren mehrere Vorstösse der EDU traktandiert – unter anderem für ein flächendeckendes Wasserstofftankstellennetz und ein Präventionsprojekt für Menschen mit pädophiler Neigung. Die EDU-Grossratsfraktion sprach sich gegen einen SP-Vorstoss aus, der forderte, in den Schulen wieder flächendeckende Covid-Massentests einzuführen. Die Medien berichteten dabei prominent über das Votum von EDU-Grossrat Samuel Kullmann, der das Parlament und die Bevölkerung aufrief, aus dem «Panik-Modus» herauszukommen.



EDU SH: Am 26. November fand das Vorstandssessen der Kantonalpartei statt. Der Vorstand pflegte Geselligkeit und hielt Rückschau – «weil Klatschen alleine nicht genügt!» Die EDU Schaffhausen engagiert sich vor jeder Volksabstimmung mit eigenen Plakaten, die im ganzen Kanton wahrgenommen werden. Ein Vorbild auch für andere Kantone?



EDU ZH: Die EDU protestierte gegen das Theaterstück «Kurze Interviews mit fiesem Männern», das zurzeit im Zürcher Schauspielhaus aufgeführt wird. Bei der Premiere wurde auf der Bühne Live-Sex praktiziert, Fäkalszenen inklusive. Die EDU-Kantonsräte Erich Vontobel und Hans Egli kritisierten, dass solch pornografische Handlungen mit Steuergeldern finanziert werden und reichten eine parlamentarische Anfrage ein.



Die EDU der Stadt Winterthur hat zusammen mit der Mitte eine Volksinitiative lanciert, die auf Strassen mit Bus- oder Postautoverkehr Tempo 50 beibehalten will. Die geplante Einführung von Tempo 30 sei unverhältnismässig und verlängere die Reisezeit noch mehr.

JEDU: Die Junge EDU Schweiz kann seit ihrer Gründung im August 2021 laufend neue Beitritte junger Menschen verzeichnen – darunter auch einige junge Frauen. Bislang versammelte sich die JEDU hauptsächlich online, z. B. um die Abstimmungsparolen zu fassen. Im Abstimmungskampf gegen das Covid-19-Gesetz engagierten sich JEDU-Mitglieder mit eigenen Testimonials in den sozialen Medien.



Polygamie als nächste Etappe?

Nur wenige Wochen nach der Abstimmung über die «Ehe für alle» brechen links-grüne Kreise ein (vermeintliches) Tabu und fordern in den Medien offen «mehr Akzeptanz» für Polyamorie und Polygamie (Lebensform, bei der eine Person Beziehungen mit mehreren Partnern führt). Die angewandte Taktik ist aus der Vergangenheit bestens bekannt: Zuerst wird fehlendes Verständnis beklagt, danach sollen die Bürger mit Propaganda bekehrt werden – bis dann auf parlamentarischem Weg die Anpassung von Gesetzen gefordert wird. Ein Grüner Politiker offenbarte gegenüber «20 Minuten» seine wahren Absichten: «Ich möchte auch auf politischer Ebene dafür kämpfen, dass die Vorstellung des bürgerlichen Familienmodells durchbrochen wird.» Immerhin ist er ehrlich...

Schluss mit Weihnachten – EU-Leitfaden in der Kritik

Ein interner Leitfaden der EU-Kommission zu «inklusive Sprache» sorgt vor allem bei Christen für Aufregung. Um niemanden zu diskriminieren, sollte der Bevölkerung eingetrichtert werden, christliche Begriffe wie «Weihnachten» oder «Maria und Josef» durch «neutrale» Formulierungen zu ersetzen. Nachdem sich weite Teile der Gesellschaft empörten und lautstark protestierten, machte die verantwortliche EU-Kommissarin für Gleichstellung Helena Dalli schliesslich einen Rückzieher und kündigte eine Überarbeitung des Leitfadens an. Trotzdem macht nach wie vor fassungslos, welches realitätsfremde Gedankengut offenbar in der EU-Bürokratie vorherrscht.



Der Gott Daniels (1)

Paulus machte in seinem ersten Schreiben an die Thessalonicher diese wichtige Aussage. Aber was bewegte ihn dazu?

Kurzandacht von Karin Hirschi

Daniel 6,20-28 und 3,19-28

«**Darauf schrieb der König Darius an alle Völker, Völkernationen und Sprachen, die auf der ganzen Erde wohnten: Friede euch in Fülle! Von mir wird Befehl gegeben, dass man in der ganzen Herrschaft meines Königreichs bebe und sich vor dem Gott Daniels fürchte; denn er ist der lebendige Gott und besteht ewig ...**» (Dan 6,26ff).

Vieles ist bemerkenswert an dieser Bekanntmachung des Weltherrschers Darius; ich greife hier nur eines heraus. Darius nannte Gott nach dem Namen des Propheten Daniel: «**der Gott Daniels**». Vor ihm schon hatte der Weltherrscher Nebukadnezar öffentlich bekannt: «**Gepriesen sei der Gott Sadrachs, Mesachs und Abednegos!**» (Dan 3,28). Gott selber nennt sich «der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs» (2. Mo 3,6).

Alle diese Menschen waren fehlerhafte Menschen wie wir auch. Was ist das für ein Gott, der seinen Namen mit den Namen seiner Geschöpfe verbindet? Er ist «**der Gott im Himmel, der Geheimnisse offenbart**» (Dan 2,28), der «**höchste Gott, dessen Herrschaft währt von Geschlecht zu Geschlecht**» (Dan 3,32-33), «**der König des Himmels, dessen Werke allesamt Wahrheit und dessen Wege Recht sind**» (Dan 4,34). Neben dieser unfassbaren Grösse und Herrlichkeit Gottes gilt erstaunlicherweise auch: er ist «unser Gott, dem wir dienen» (Dan 3,17). Welche Gnade, dass der höchste Gott seinen herrlichen Namen mit unseren geringen Namen in Zusammenhang bringt (und nichts dagegen hat, wenn Menschen dies tun).

Allerdings ist es nicht an uns, diese Namensverbindung auszusprechen; es wäre seltsam gewesen, hätte Daniel selbst vom «Gott Daniels» gesprochen. An uns ist es zu sagen: «**mein Gott!**» (Dan 6,23), oder «**unser Gott!**». Welches Vorrecht haben wir als seine Kinder – wir dürfen uns nach Gottes Namen nennen! So stellt sich Paulus vor als «der Knecht Jesu Christi» (Rö1,1), und bezeichnet sich und seine Mitarbeiter als «**Diener Gottes**» (2Kor 6,4).

In der Präambel unserer Bundesverfassung heisst es «im Namen Gottes, des allmächtigen Vaters». Jeder Staat muss sich Gott unterordnen (Rö 13); wohl ihm, wenn er es tut, wehe ihm, wenn (wo) er es nicht tut. Wohl uns, wenn die Menschen erkennen, wer unser Herr ist. Wenn sie Gott deswegen «dr Gott vom Markus», «dr Gott vo der Anna» ... nennen, dann dürfen wir das mit Freude annehmen. Wo immer das geschieht, wird Gott es hören und sich darüber freuen! ●



Der, die, was? Gender-Ideologie und biblische Schöpfungsordnung

Autorin: Sharon James; Softcover, 172 Seiten, CLV, 5 von 5 Sternen; ca. Fr. 11; ISBN 978-3-86699-749-3

«Die Gender-Theorie ist eine Lüge», ist Sharon James überzeugt. Besorgt stellt sie fest, dass westliche Medien die Geschichten von Trans-Kindern (fast) durchgängig positiv schildern. Durch eine Geschlechtsänderung werde «ihr Unglück nur noch schlimmer gemacht.» Mit verschiedenen Belegen begründet sie ihre Hauptaussage, dass ein Mensch zwar «sein Äusseres, aber nicht die schöpfungsmässige Bestimmung ändern kann, die Gott einem jeden von uns zugedacht hat.» Ein Grundproblem der Trans-Sexualität erkennt sie im tiefen Selbsthass. Bevor dieser seelsorgerlich nicht aufgearbeitet wird, bleibt die hohe Selbstmordrate unter Transsexuellen leider bestehen. James benennt die kulturmarxistischen Wurzeln dieser Weltanschauung. Momentan ist die Gender-Ideologie in der westlichen Welt auf dem Vormarsch, weil sie durch die WHO, UNO sowie EU aktiv und mit enormem finanziellem Aufwand vorangetrieben wird: «Eine kleine Elite will kontrollieren, wie die Menschen auf der ganzen Welt denken.» Die Gender-Ideologie lehnt die Zweigeschlechtlichkeit von Frau und Mann ab zugunsten einer bunten Auslebung aller möglichen Geschlechtsidentitäten. «Die Gender-Theorie ist ein Irrtum. Doch in vielen Ländern werden Menschen eingeschüchtert, damit sie diese Täuschung akzeptieren. Und wer sich weigert, der wird der 'Transphobie', des 'Hassverbrechens' oder der 'Diskriminierung' beschuldigt.» Doch: «Widerspruch ist noch lange kein Hass.» Die Autorin schildert verschiedene Lösungsansätze: Einerseits zeigt sie den Plan auf, den Gott mit der Ehe von Frau und Mann verfolgt: die «notwendige wechselseitige Ergänzung.» Andererseits ruft sie zu einem respektvollen Umgang mit Gender-Befürwortern auf.

Pfr. Michael Freiburghaus



Islamischer Terror: glaubwürdig gelebtes Christentum als Vorbeugung?

Leider immer wieder traurige Aktualität: Islamisch motivierte Terrorattacken in Europa. Weshalb ermordet jemand gezielt oder zufällig ausgewählte Personen? Es gibt Erklärungen – nicht Entschuldigungen – für solche Gräueltaten.



a. Nationalrat Markus Wäfler

Versuchen wir mal, uns in die Haut von jemandem zu versetzen, der sich z. B. aufgrund einer persönlichen Notsituation in der scheinbar aussichtslosen Situation «Mit-dem-Rücken-zur-Wand-ich-habe-nichts-mehr-zu-verlieren» sieht. Dies, weil er sich in einer Sache von Behörden, kirchlichen Institutionen oder vom persönlichen Umfeld sträflich ungerecht behandelt oder im Stich gelassen fühlt. Oftmals sind es solche Sichtweisen, mit denen sich Täter konfrontiert sehen, bevor sie – in wahren Familien-Tragödien – dann ihre Kinder und Partner umbringen und sich selber richten.

Aber weshalb werden unter uns lebende Muslime plötzlich zu Mördern? Grundsätzlich hat das mit der radikalen Auslegung des Korans zu tun, die auch in Schweizer Moscheen gelehrt wird. Laut dieser Lehre sind alle Nicht-Muslime «Ungläubige», die entweder zum Islam bekehrt, unterworfen oder umgebracht werden müssen. Die Abwendung vom Islam, z. B. durch Bekehrung zu Jesus Christus oder Hinterfragung des Korans respektive des Propheten Mohammed, wird als Gotteslästerung mit dem Tod bestraft. Wer in diesem geistigen Umfeld erzogen wurde, findet sich im freiheitlich-demokratischen Westen mit seiner christlichen Werte-Grundlage schwerlich zurecht. Echte Integration von Muslimen – und anderen Menschen aus nicht-christlichen Kulturkreisen – kann nur gelingen, wenn der Einwanderer die Zugehörigkeit zur Gesellschaft des Gastlandes für erstrebenswert hält.

Integration in eine «dekadente» Gesellschaft?

Aber was soll ein Muslim tun, der aus islamischer Erziehung und Umgebung zu uns kommt? Durch seine islamische Brille sieht er bei uns eine Gesellschaft, die ihren eigenen Gott und sein Buch, die Bibel, verlästert und verhöhnt, die Verhaltensnormen ihres Gottes missachtet, die Ungeborenen ungestraft tötet, Homosexualität und gleichgeschlechtliche Ehen als normal bezeichnet, dürftig gekleidete Frauen als Lustobjekt betrachtet, usw. usf. Und in diese «dekadente Gesellschaft» soll er sich als Muslim integrieren? Dass er sich ob dieser Zumutung eckelt und daraus sogar Hass entstehen kann, ist in gewissem Sinne nachvollziehbar. Von da aus ist es manchmal ein kleiner Schritt zur Überzeugung, dass als guter Muslim eine gute Tat vollbringe, wer mithilfe, diese dekadente Gesellschaft zu «vernichten».

Ich bin überzeugt, dass die beste Vorbeugung gegen islamischen Terror ein aktiv gelebtes Evangelium durch die Gesellschaften in der Schweiz und Europa sein könnte. Würden wir dies beherzigen und uns als Gesellschaft glaubwürdig zu unseren christlichen Werten und Verhaltensnormen bekennen, wären wir in den Augen von Muslimen wieder glaubwürdig statt «verachtungswürdig». So könnte das Umfeld entstehen, in dem Muslime es erstrebenswert finden könnten, selber zu dieser Gesellschaft zu gehören. Tragen wir unsern Teil dazu bei. ●

Grundrecht Informationsfreiheit gefährdet

Unser Bundesrat will das Volk gemäss einer Medienmitteilung vom 17. November 2021 vor Fake News schützen. Doch gut gemeint ist nicht unbedingt gut gemacht. Verordnete «Wahrheiten» entsprechen nicht zwingend den Tatsachen und wirken nicht unbedingt vertrauensbildend.



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Verhinderte Meinungs- und Informationsfreiheit sind hoch problematisch. Damit würden in der Schweiz wichtige Grundrechte in der Verfassung torpediert: Artikel 8 Rechtsgleichheit (weltanschauliche oder politische Überzeugungen), Artikel 16 Meinungs- und Informationsfreiheit (Recht auf freie und ungehinderte Bildung einer Meinung und deren Äusserung) sowie Artikel 17 Medienfreiheit (Zensur ist verboten).

Bevormundung oder Schutz?

Das UVEK ist nun vom Bundesrat beauftragt, bis Ende 2022 aufzuzeigen, ob und wie Plattformen wie Facebook und YouTube reguliert werden könnten. Diese werden als Bedrohung für die traditionellen Medien gesehen. Auch habe die Bevölkerung einen Anspruch auf effektiven Schutz vor illegaler Hassrede sowie Desinformation und deren Rechte müssten besser geschützt werden. Es wird zwar anerkannt, dass solche Plattformen auch Möglichkeiten für eine weitergehende Demokratisierung der öffentlichen Kommunikation und deren Vielfalt bieten. Doch wird nach dem Vorbild im europäischen Ausland das Schadenspotential wegen Falschinformationen und Hassrede höher gewichtet.

Postulierte Informationshoheit

Seit den Corona-Massnahmen dürfte sich die Problematik verschärft haben. Vorschriften, Ursache und Wirkung kritisch betrachtende Bürger suchen sich vermehrt alternative Informationsquellen – gerade, weil die «herkömmlichen» Medien relativ geeint auftreten und oft zu Erfüllungsgehilfen des Bundesrates wurden. Das Vertrauen in die offiziellen Medien könnte jedoch noch weiter geschwächt werden, wenn in Zukunft bei alternativen Sichtweisen mehr reguliert, sprich zensuriert wird, anstatt diese auch bei den offiziellen Medien zuzulassen. Problematisch für die Unabhängigkeit ist dabei ebenso die finanzielle Abhängigkeit offizieller Medien



durch den Bund. Ein Teufelskreis bei sinkenden Werbeeinnahmen und Publikumserlösen.

Infantilisierung?

Bedenklich ist zudem, dass die Regierung den Bürgern immer weniger zutraut, selber entscheiden zu können, welche Informationen ihnen eher vertrauenswürdig erscheinen. Offensichtliche Unwahrheiten sollten eigentlich einfach offengelegt werden können. Graubereiche bei diversen Themen wird und muss es weiterhin geben können je nach politischer und gesellschaftlicher Gewichtung. Hingegen die von den Plattformen selbst ausgeübte Zensur sollte auch bekämpft werden können, weil damit ebenso Politik betrieben wird. Es braucht unbedingt offenen Austausch unterschiedlicher Meinungen und Informationen, damit unsere Demokratie eine Zukunft hat. ●



Ein gutes fröhliches neues Jahr!

Ruedi Ritschard, Kolumnist

Ein Christ steigt in ein Taxi. Der Fahrer fragt höflich: «Wohin darf ich Sie fahren?» Der Fahrgast überlegt kurz, dann antwortet er: «Egal, spielt keine Rolle, fahren Sie einfach los, ich werde überall gebraucht!» Der Chauffeur schaut nach hinten zum Fahrgast und zieht die Brauen fragend hoch. Sein Kunde lächelt aufmunternd. «Nur Mut, starten Sie, geben Sie Gas und fahren Sie los!» Der Fahrer kratzt sich verlegen hinter dem Ohr, der Wagen braust davon.

Wo werden die beiden wohl jetzt sein? In Afghanistan, in Syrien, Libanon, Polen, Belarus, Russland, Eritrea, Äthiopien oder Sudan oder ... oder ... oder. Hilfe ist überall willkommen. Hunger und Not herrschen überall. Katastrophen und Kriege schrecken uns auf. Dazu Seuchen und Pandemien, welche (gezielt oder bewusst gestreut?) die Gesellschaften auseinanderdividieren und die Menschen gegeneinander aufhetzen. Der Böse oder das Böse geht um. Es geht drunter und drüber auf unserer schönen Erde. Wir schauen nur auf uns selber, schauen nicht links und rechts. Die Liebe zum Nächsten ist (fast) verloren gegangen. **Dabei wäre die Nächstenliebe der Schlüssel für eine gerechte Welt, für den Frieden der Welt.** Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Schwierig. Aber mehr und mehr wollen wir von Gottes Liebe nichts mehr wissen. Wir schaffen alles alleine. Wir brauchen keinen Gott. Wir sind stark genug. Und da sind ja noch die fernöstlichen Götter und Religionen, Allah, Buddha, Brahma, Shiva und Konsorten. Die helfen garantiert aus unserem Sumpf. Warum lässt Gott das alles zu? Er könnte doch alles Leid verhindern. Wo ist Jesus, der Retter der Welt? Ach ja, der wurde ja ans Kreuz gehämmert, der ist ja tot! Ein Übermensch wird dereinst kommen, die Zügel in die Hand nehmen und sich im Tempel in Jerusalem als

Gott ausgeben – aber auch dieser Herrscher wird scheitern. **Jesus wird wieder auf der Erde erscheinen. In Kraft und Herrlichkeit, so wie er einst in einer Wolke in den Himmel gefahren ist.**

Trübe Gedanken ... Aber auch fröhliche! Freuen wir uns doch am neuen Jahr! Wir stehen unter dem Schutz Gottes, er wird uns nicht verlassen und vergessen. Die Trübsal wird ein Ende haben. Lasst uns weiterhin den Armen, den Flüchtlingen, den Verstossenen helfen mit den Möglichkeiten, die wir haben. Jesaja 58, Vers 7: «Teilt euer Brot mit den Hungerigen, nehmt Obdachlose bei euch auf, und wenn ihr einem begegnet, der in Lumpen herumläuft, gebt ihm Kleider. Helft, wo ihr könnt, und verschliesst eure Augen nicht vor den Nöten eurer Mitmenschen.» Wir werden überall gebraucht, wie der Fahrgast sagte.

Das Taxi ist wieder da. Zwei Menschen steigen aus: der eine friert, ist verlottert und hat Hunger. Der andere heisst ihn freundlich willkommen in seiner warmen Wohnung. **So etwas hat der Taxifahrer noch nie erlebt. Er musste nicht um die ganze Welt fahren, nur bis ans Ende der Stadt.**

Luther hat einmal gesagt: «Ihr könnt predigen über was ihr wollt, aber predigt niemals über ... 40 Minuten!» Glück gehabt, noch nicht überzogen ... Und zum Schluss: **Wir Christen sollten es ernst meinen mit der Fröhlichkeit! Fangen wir doch an!** ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

Im Brennpunkt: Die Junge EDU stellt sich vor

Wahre Werte - klare Worte: Junge Menschen finden in der EDU eine Plattform, um sich und ihre Vorstellungen auszudrücken. Doch wer ist die JEDU? In einer Fortsetzungsserie stellen sich die Vorstandsmitglieder näher vor. Heute: Marcel Wittwer, Vizepräsident JEDU.

Mediendienst EDU



Marcel, was fasziniert dich an der EDU und speziell an der Jungen EDU?

Politik schafft entweder Probleme oder sie löst sie. Ersteres ist leider häufiger der Fall. Bei der EDU trifft

das Gegenteil zu. Die EDU löst Probleme, sie gestaltet Gegenwart und Zukunft in einer Weise, dass Problemen sogar meist vorgebeugt wird. Gutes fliesst daraus, ein wahrer Segen für Land und Leute. Die EDU lässt sich nicht von neumodischen Strömungen beeindrucken und bleibt ihren Werten auch dann treu, wenn die anderen längst die weisse Fahne schwenken oder schlimmer noch, zum Gegner überlaufen (Beispiel: «Ehe für alle»). Es schafft Hoffnung, dass junge Menschen den Versuch wagen, dem Mainstream mit einer echten Alternative die Stirn zu bieten. Das ist nicht populär und kostet etwas. Aber wir sollen ja nicht nach dem trachten, was unten ist, sondern nach dem, was oben ist.

Was motiviert dich und wo siehst du dich herausgefordert?

Den Dienst am Herrn verstehe ich so, dass ich meinem Vaterland und den Menschen darin etwas zurückgeben möchte. Als frischgebackener Vater ist es mir umso wichtiger, dass etwas von den Weisungen des Herrn in unserem säkularen Staatswesen sichtbar wird. Natürlich: Uns ist hier kein Gottesstaat bestimmt, aber wir wollen auch keinen gottlosen Staat. Den Wertezerrfall zu bremsen ist meines Erachtens die vordringlichste Aufgabe. Die Verdrängung der christlichen Werte wird mit einem grösser werdenden Glauben an die Heilsversprechen des Staates kompensiert. Meinen Schwerpunkt setze ich in der Zurückbindung des Staates und der Rückkehr zum eigenverantwortlichen Leben. Dazu gehört auch eine liberale Wirtschaftspolitik, die der Schöpfungskraft des Menschen freien Lauf lässt.

Was wünschst du der Schweiz? Wo siehst du die JEDU in fünf Jahren?

Ich wünsche der Schweiz, dass sie weiterhin auf Stabilität, Ruhe und Frieden zählen darf. Darum erwarte ich vom Bundesrat, dass er unsere Freiheiten schützt und nicht raubt, und dass er unsere Interessen vertritt (z. B. keine Einführung einer globalen Mindeststeuer). Die JEDU wird in fünf Jahren hoffentlich eine etablierte Jungpartei mit festen Strukturen sein, die bereits auf eine stattliche Basis blicken darf.

Vielen Dank für das Gespräch!

➔ www.jedu.ch, www.edu-schweiz.ch



Zur Person

Marcel Wittwer (27), B.A. Betriebswirtschaft HSG, eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer / Interne Revision Raiffeisen Schweiz, verheiratet mit Vanessa, Vater von Ephraim, wohnhaft in Schocherswil TG; Vizepräsident Junge EDU Schweiz, Vizepräsident EDU Thurgau; Hobbys: Lesen, Politik, Fussball

Angebote und Termine

Marktplatz

OFFENE STELLEN

Wir suchen baldmöglichst Floristin (Teilzeit) Region Bern. Sie bringen mit: viel Freude am Beruf, Kreativität und sind belastbar. Wir freuen uns auf Ihren Anruf. Kontakt: 079 288 37 45

VERKAUFEN

Produkte aus Israel - Direktimport und Grosshandel. Schönes Sortiment an Weinen, Datteln, Olivenöl, Gewürzen, Tee, Kaffee und Süsses, dazu einige Kosmetika. Mit unserem Verkaufswagen sind wir auch auf Märkten präsent. Die Produkte sind im Webshop, auf Bestellung oder im «Lädeli» erhältlich. Besondere Aktion: Die einzigartigen Saftdatteln «Super Juicy», welche nicht getrocknet, sondern frisch vertrieben werden - jetzt in der original 3 kg-Schachtel für nur Fr. 90.-. K: www.isratrade.ch; info@isratrade.ch, 077 434 44 73

Medjool-Datteln aus Israel, Ernte 2021, 5 kg Fr. 80.- plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. K: 079 607 12 07

SUCHEN

Gebrauchte Briefmarken gesucht. Porto wird erstattet. K: René Stutz, P.O. Box 613, 1765100 Nof Hagail, Israel

VERSCHIEDENES

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung und Verfügung «Nein zur Organspende» finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Hören auch Sie die aktuelle Telefon-Andacht von Manfred Paul! Dauer: 3 Minuten. Wählen Sie einfach Tel. 0848 047 047 (Tonband). Tag und Nacht! (Normaler Swisscom-Festnetz-Tarif)

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 1. Montag des Monats: EDU-Gebet. Kontakt: 079 541 38 51

Biel: jeden 1. Donnerstag des Monats, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Heiden: jeden 1. Dienstag des Monats, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats, 18.30–19 Uhr, Cevi-Zentrum Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

10./24.1.2022 Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisation: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

16.1.2022 Herisau: 17 Uhr, Pflingstgemeinde, Rosenastrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

(s. auch KANTONALTEIL BE, ZH)

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

7.–30.1.2022 Winter-Aktionswochen: 30% Rabatt auf Hotelzimmer
5.–12.2.2022 Seminarwoche Bibelauslegung: 24 Lektionen zu drei biblischen Büchern
Kontakt: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch

Gemeinde für Christus

15.1.2022 9.30–11.30 Uhr in Rothrist, Rümlang, Steffisburg und Maleray: **Missionsgebetstreffen 2022**
K: gfc.ch
22.1.2022 9–16.30 Uhr, FEG Langenthal, Weissensteinstr. 7: Powerday22 «Verheiratet sein, Liebespaar bleiben.» Anmeldungen bis 10.1.2022. K: www.feg.ch
24.–28.1.2022 Montagabend bis Freitagmittag, jeweils 10–11.30 Uhr und 19–20.30 Uhr: Gebetstage «Mit Gott in fremder Umgebung»
Infos und Anmeldung: Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, Wydibühlstrasse 24, 3671 Herbligen BE, 031 770 71 71, freizeithaus.gfc.ch

versoehnt.ch

10.–12.2.2022 Universität Bern, Schanzeneckstrasse 1: **Konferenz «versöhnt leben»**
11.2.2022 19.30 Uhr, Heiliggeist-Kirche, Spitalgasse 44, Bern: **Konzertlesung mit Samuel Koch und Samuel Harfst.** Weitere Infos: www.versoehnt.ch

FEG

12.2.2022 9.30–16.30 Uhr, Zürich: Ehevorbereitung «Fit für die Ehe?!» – **Impulstag für Verliebte und Verlobte.** Die praxisnahe und hilfreiche Ergänzung zur persönlichen Ehevorbereitung. Auch als Orientierungs-

hilfe für Paare, die noch nicht heiraten wollen. Infos/Anmeldung: www.feg.ch/ehefit

Hinweis:

Alle Angaben unter Vorbehalt der weiteren Entwicklung.

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Marktplatz-Tarife

Verschenken	gratis
Verkaufen/Suchen	Fr. 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	Fr. 80
Vermieten	Fr. 50
Offene Stellen	Fr. 50
Stellensuche	Fr. 50
Partnersuche	Fr. 50
Verschiedenes	Fr. 50

Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail:
marktplatz@edu-schweiz.ch

«EDU-Standpunkt»
Die Ausgabe 02/2022 wird am 24. Dezember 2022 versandt.

Redaktionsschluss:
7. Januar 2022
Druck: 20. Januar 2022

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Danke!

Stimmt Ihre Adresse noch?

Bitte helfen Sie Kosten sparen und teilen Sie uns Änderungen rechtzeitig mit:
Telefon 033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch



Talon

ABONNEMENT PROBENUMMERN

Ich abonniere den «Standpunkt» für CHF 30.- (11 Nummern).

GESCHENKABO* für

Vorname und Name

Strasse und Nr.

PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun

Impressum

HERAUSGEBER / REDAKTION

EDU-Standpunkt
Postfach 43
3602 Thun

ADMINISTRATION UND ADRESSMUTATIONEN

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

INSERATE UND BEILAGEN

(ohne Marktplatz)
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

MARKTPLATZ (SEITE 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

REDAKTION

033 222 37 07 | redaktion@edu-schweiz.ch

Anian Liebrand, Redaktionsleitung; Thomas Lamprecht (Vertreter der GL), Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler, Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West Unternehmenskommunikation AG
Layout: Harold Salzmann

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Titelseite: Harold Salzmann
3, 6, 18: Harold Salzmann
4, 5, 10, 12 unten, 15, 16, 19: Adobe Stock
8-9: Nathanael Grossmann, Cicero-Studio Berneck
11: Grafik Karin Hirschi
Kopfbilder, 14, 17: zvg

41. Jahrgang; erscheint monatlich
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
Auflage: 20 900 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
www.edu-schweiz.ch

JAHRESABONNEMENT

nur Fr. 30.-/25 € für 11 Ausgaben (inkl. 2,5% MwSt.)

GESCHENKABOS UND PROBENUMMERN – AUCH ZUM VERTEILEN!

info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37

**SCHLUSS
PUNKT**



Wohin des Weges?

Eine der grössten Herausforderungen in unserem Leben, auch für uns Nachfolger Jesu Christi, ist unsere Angst vor dem Ungewissen. Was wird das Jahr 2022 uns bringen?

Eveline Rytz

Ein unsichtbares Virus und dessen «Bewältigung» diktieren seit bald zwei Jahren unser Leben. Angst geht um! Kommen weitere Mutanten, diskriminierende Einschränkungen, ja gar ein Impfwang und mit den Zertifikaten dann die totale Überwachung?

Daneben könnten auch Kriege drohen. Wird China in Taiwan einmarschieren? Wie lange noch wird Israel die atomare Bedrohung durch den Iran unbeantwortet lassen. Oder was bedeutet das Säbelrasseln Russlands an der Grenze zur Ukraine? Wie entwickelt sich die Wirtschaft, kommt es zu einem weltweiten Finanzkollaps usw.? Satan scheint entfesselt!

In dieser Ungewissheit ist jedoch eines gewiss: Gott ist Herr und ER ist mit uns. ER ist der gute Hirte und ER führt uns auf rechter Strasse um seines Namens willen (Psalm 23). Was für eine Zusage!

Ein eindrückliches Vorbild ist uns Abraham, welcher willens war, mit Gott in eine ungewisse Zukunft zu gehen. Durch Glauben gehorchte Abraham, als er berufen wurde, nach dem Ort auszuweichen, den er als Erbteil empfangen sollte; und er zog aus, ohne zu wissen, wohin er kommen werde (Hebr. 11,8). Abraham vertraute Gott, der ihn gerufen und ihm eine Verheissung gegeben hatte.

So dürfen auch wir Christen im Vertrauen auf Gottes gute Führung zuversichtlich an der Schwelle eines neuen Jahres stehen und sogar wissen, wo es hingehet! Ob Alpha, Delta oder Omikron – wir dürfen getrost sein, denn Jesus Christus, der für uns am Kreuz gestorben ist, sagt im letzten Kapitel der Offenbarung in Vers 13: «Ich bin das A (Alpha) und das O (Omega), der Erste und der Letzte, der Anfang und das Ende». ●

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk Schaukarderei
Huttwil
- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen
www.kamele.ch 062 962 11 52

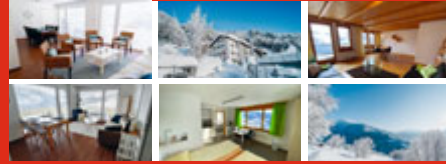
MIT WOW-EFFEKT FERIEN ERLEBEN!



IMMER BUCHBAR!
Ferienwohnungen
und -zimmer*



Turnhalle, Spielräume,
Cafeteria, Schlitten,
Schneeschuhe etc.



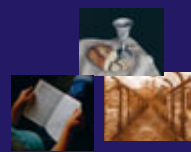
Wunderschöne Umgebung
Skigebiet gleich gegenüber

Top Preis-Leistung

* in Selbstverpflegung.
Mahlzeiten im JHS auf
Anfrage möglich.

www.jhs.ch | Tel.+41 81 300 10 10 | JHS | Jugendhaus 1, CH-7212 Seewis

Peter H. Uhlmann
Die Kirchen
seit dem Ende
des 18. Jahrhunderts



Esras.net Kirchengeschichte für Einsteiger, Band 5

Kirchengeschichte für Einsteiger von Peter H. Uhlmann

jetzt alle 5 Bände
einzeln
im Buchhandel
bestellbar

Mehr Infos auf www.esras.net

baumann
elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 münsingen | 031 721 62 27

Mission
Aviation
Fellowship

MAF
maf-schweiz.ch

Mercy
Ships

SPITALSCHIFFE
FÜR DIE ÄRMSTEN

Sie können
helfen!

www.mercyships.ch

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

B E. + W. BERTSCHI AG
Ihr Fachmann
seit 1924

5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

NORTHERNBREEZE.CH

BALTIC FOOD
NOTRationen
KRISENVORSORGE
OUTDOOR
HOME & PLEASURE

HINE ADON
HOTEL
APARTHOTEL
HINEADON.COM

TB TRANSPARENT
BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

Segel neu setzen
Ziele erreichen

Coaching Kleeli
coaching bank

www.huwa.ch **Huwa**
seit 1911

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar.
Helfen Sie jetzt!»
lepramission.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

**OPFER BRAUCHEN KEIN
MITLEID, SIE BRAUCHEN
EINEN JOB.**

➤ globalact.com

globalact AKTIV GEGEN
MENSCHENHANDEL

schenk
Gesteuerte Horizontal-Bohrtechnik
www.schenkag.com